

Zur Geschichte des Geldsystems

Die Herausbildung der Marktgesellschaft und die Rolle des Geldes

Seit der Geburt der Marktgesellschaft war das Geld immer wieder Ausgangspunkt von Krisen und Zusammenbrüchen. Weshalb ist es nicht gelungen, ein nachhaltiges Geld- und Finanzsystem zu entwickeln? Dafür müsste die Marktwirtschaft nicht als in sich geschlossener Kosmos, sondern als Teil der Gesellschaft betrachtet werden. **Von Claus Thomasberger**

Eine solche Herangehensweise verweist auf die Analyse der Marktgesellschaft, die Karl Polanyi in seinem bekanntesten Werk *The Great Transformation* vorgelegt hat. Polanyi stellt insofern ‚die breiten Schultern‘ zur Verfügung, auf die sich die folgende Skizze stützt. Die industrielle Revolution, vom WBGU zu Recht als eine der „beiden fundamentalen Transformationen“ der Weltgeschichte charakterisiert (WBGU 2011, S. 5), leitete in allen europäischen Gesellschaften einen grundlegenden Wandel der Arbeits- und Lebensverhältnisse ein. Ihr Ausgangspunkt war England, wo sie ihren Höhepunkt in der Periode zwischen 1795 und 1834 erreichte. England war das erste Land, in dem die wirtschaftsliberalen Kräfte sich anschickten, die neuen Möglichkeiten maschineller Produktion durch die Schaffung eines selbstregulierenden Marktsystems zu erschließen. Seitens der klassischen politischen Ökonomie wurde die Herausbildung einer Marktgesellschaft als die zwangsläufige Folge des Aufstiegs der modernen Technologien dargestellt.

In Wirklichkeit ist die Idee einer Gesellschaft, die sich von einem sich selbst regulierenden ökonomischen System abhängig macht, von Anfang an nicht mehr als eine erste, provisorische und zugleich utopische Antwort, die den partikularen Bedingungen einer merkantilen Gesellschaft entsprang. Provisorisch ist die Antwort insofern, als auch die Anerkennung dessen, dass die industrielle Revolution die Voraussetzungen des menschlichen Zusammenlebens auf dem Globus in radikaler Weise verändert hat, die Freiheit, auf diese Herausforderungen in unterschiedlicher Weise zu antworten, in keiner Weise ausschließt. Utopisch ist sie, weil ein autoreferenzielles ökonomisches System, das sich nach seinen eigenen Gesetzen bewegt, gegenüber den Bedürfnissen der Gesellschaft blind wäre. Einem selbstregulierenden System würde schlicht das Organ fehlen, um soziale und ökologische Fehlentwicklungen wahrzunehmen und einen nachhaltigen Entwicklungsweg zu ermöglichen.

Allerdings erwies sich – wie in anderen Fällen auch – die Utopie als in weit größerem Umfang realisierbar, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. Um der Anwendung teurer und komplizierter Maschinen willen wurden preisbildende Märkte für Arbeit, Natur und Geld geschaffen und die Unternehmen in die Lage versetzt, die Voraussetzungen der Produktion wie deren Resultate auf Märkten zu erwerben bzw. zu verkaufen. Selbstverständlich sind weder Arbeit noch Natur oder Geld, aus der Perspektive der Gesellschaft betrachtet, Waren (und wurden in früheren Epochen auch niemals als solche betrachtet). Karl Polanyi spricht deshalb von „fiktiven Waren“ (Polanyi 1990, S. 102–112). In England wurden mit der Kommerzialisierung des Bodens, der Reform des Speenhamlandgesetzes 1834 (Arbeit) und der Peelschen Bankakte von 1844 (Geld) die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen, um diese künstlich in Waren zu verwandeln.

Bleiben wir bei der Rolle des Letzteren: Geld wird nicht produziert und besitzt daher auch keine Produktionskosten. In dieser Hinsicht gleicht Geld semantischen Systemen wie Maßen, Sprache oder Schrift. In einer Marktwirtschaft tritt Geld den Waren als Kaufkraft gegenüber. Aber es hat keine Angebotsfunktion, und es gibt daher auch keinen natürlichen Gleichgewichtspreis, an dem sich Angebot und Nachfrage treffen würden. Um die Warenform des Geldes zu simulieren, bedarf es institutioneller Kunstgriffe, durch die das Geld knapp gehalten wird.

Die Fiktion der Selbstregulierung der Wirtschaft

Daher stellte sich seit Beginn der Marktwirtschaft das Problem, ob es den Geschäftsbanken – in ihrer Funktion als den Produzenten von Geld – überlassen werden sollte, das Geld nach eigenem Kalkül bereitzustellen oder nicht. Die Frage spaltete die Anhänger des Wirtschaftsliberalismus schon im 19. Jahrhundert in zwei Lager. Die Vertreter der Currency School wollten die Geldversorgung wesentlich dem Wettbewerb der Banken überlassen. Dagegen befürchteten die Anhänger der Banking School eine Überausgabe von Noten, da es im Interesse der einzelnen Geschäftsbank liegt, das Geldangebot durch die Schaffung von „Geld aus dem Nichts“ (Binswanger 2015) soweit möglich auszudehnen. Je größer der Geschäftsumfang, desto größer sind auch deren Gewinnmöglichkeiten. Im Grunde erfordert der fiktive Charakter der Ware Geld eine gesellschaftliche Regulierung seines Werts. Wird dies durch Knapphalten des Geldangebots zu erreichen versucht, so fällt

in erster Linie den Zentralbanken die Aufgabe zu, der Geldvermehrung Grenzen zu setzen. Die Frage, wie dies am besten zu erreichen ist, stand im Zentrum der geldreformerischen Diskussionen von Silvio Gesells *Freigeld* (1919) über Henry Simons *Chicago Plan* (1936) bis hin zu den jüngeren Ideen einer *Vollgeldreform* von Joseph Huber und James Robertson (2001). Tatsächlich entwickelte sich das derzeitige Geldsystem, worauf Binswanger in dem oben erwähnten Buch hinweist, im dauernden Kampf zwischen Geschäftsbanken und Zentralbank, was immerwährende Instabilitäten und Spannungen produzierte.

Das zugrunde liegende Problem der Regulierung des Geldangebots nicht nach den Bedürfnissen der Gesellschaft, sondern entsprechend der angeblichen Gesetze des ökonomischen Systems wird damit aber nicht gelöst. So paradox es klingen mag, die Simulation eines marktendogenen Geldangebotsprozesses unterstellt, dass die Gesellschaft sich selbst die Hände bindet. Wie aber sollte dies erreicht werden? Im 19. Jahrhundert überzog innerhalb des ökonomischen Liberalismus die Überzeugung, dass die Selbstregulierung des Geldsystems nur durch die künstliche Bindung des Geldes an ein wirklich knappes Gut erreicht werden könne. Nur durch eine gesetzliche Fixierung schien es möglich, die Geldpolitik gegenüber der gesellschaftlichen Einflussnahme abzukapseln. An merkantile Gepflogenheiten anknüpfend, wurde Geld zunächst mit verschiedenen Metallen, letztendlich mit Gold identifiziert.

De facto aber zirkulierte in England zu Beginn des 19. Jahrhunderts wesentlich inkonvertibles Papiergeld. Die Goldeinlösepflicht war 1797 vor dem Hintergrund des Kriegs gegen Napoleon aufgehoben worden und sie blieb dies für fast 25 Jahre. Auch danach dauerte es weitere Jahrzehnte, bis die Rolle der Bank von England gestärkt, deren Banknoten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt und schließlich 1844 die Golddeckungspflicht verschärft wurde. Damit wurde England zum Vorreiter. Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts gingen alle Länder der industrialisierten Welt in der einen oder anderen Form zum Goldstandard über.

Der internationale Goldstandard, der Zusammenbruch und die Folgen

Einerseits bedeutete die allseitige Goldbindung die Schaffung eines internationalen Systems stabiler Wechselkurse. Der internationale Goldstandard wurde in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zur zentralen Institution, die eine ungeheure Ausdehnung des internationalen Handels und der weltweiten Arbeitsteilung ermöglichte. Gleichzeitig aber war die Bindung des Geldes an das Gut Gold eine Quelle dauernder Störungen und Unwägbarkeiten, was Keynes (1924) veranlasste, Gold als barbarisches Relikt abzulehnen. Der Internationale Goldstandard setzte die Anpassung von Löhnen und Preisen an die Angebotsbedingungen in der Goldproduktion wie auch die Leistungsbilanzen der einzelnen Länder voraus. Das wiederum unterstellte unter ungünstigen Bedingungen fallende Löhne und Güterpreise, durch die sowohl die Gewinnmög-

lichkeiten der Unternehmen wie auch die Lebensbedingungen großer Bevölkerungsteile negativ tangiert wurden.

Dieser Konflikt zwischen den Bedingungen, die das selbstregulierende System des Internationalen Goldstandards diktierte, auf der einen und den Gegenbewegungen, die die Bedürfnisse der Gesellschaft zum Ausdruck brachten, auf der anderen Seite wurden von liberalen Autoren wie von ihren Kritikern als „Doppelbewegung“ charakterisiert (Polanyi 1990, 182). International kam dem Gold eine herausragende Bedeutung zu, handelte es sich hier doch um ein Geld, das von den Zentralbanken selbst nicht geschaffen werden konnte. Drohende Goldabflüsse zwangen die Geldpolitik, sich den Spielregeln des Systems zu unterwerfen. National fiel den Zentralbanken die Aufgabe zu, die Wirtschaft wie die Bevölkerung von den schlimmsten negativen Auswirkungen des Goldstandards zu schützen. Die Zentralbanken aber konnten unmöglich beiden Funktionen gleichzeitig gerecht werden: einerseits der des Exekutors der Zwänge, die das weltumspannende selbstregulierende wirtschaftliche System ihnen auferlegte, und andererseits der des Vertreters der Interessen der Gesellschaft, aus der sie hervorgingen.

In der Zwischenkriegsphase brach der Konflikt offen aus. Die Demokratisierung der Gesellschaft (allgemeines Wahlrecht, Parlamente, Gewerkschaften etc.) war eine „Reaktion auf die Tyrannei der Marktkräfte, deren Freisetzung der Goldstandard ermöglicht hatte“, wie Eichengreen (2000, S. 253–4), auf Polanyi Bezug nehmend, unterstrich. Die „Politisierung des politischen Umfeldes [...] hatte den Lebensnerv des Goldstandards zerstört“. England gab die Goldbindung im September 1931 auf. Die USA folgten mit Beginn des *New Deal* und leiteten damit einen schrittweisen Prozess der Demonetisierung des Goldes ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Rekonstruktion eines internationalen Marktsystems und der dazu gehörenden monetären Ordnung unter amerikanischer Führung auf Basis der in Bretton Woods ausgehandelten Bestimmungen. Die Stabilisierung des Geldsystems, in dessen Zentrum nun der US-Dollar stand, wurde zunächst nicht allein den Zentralbanken übertragen, sondern auch durch die direkte gesellschaftliche Regulierung zentraler Preise – Löhne (produktivitätsorientierte Lohnpolitik), Rohstoffe und Wechselkurse – zu erreichen versucht. Unter neoliberalen Einfluss gewann seit den 1980er Jahren die Idee der Selbstregulierung des globalen Marktsystems wieder die Oberhand. Der Monetarismus begleitete dies von geldtheoretischer Seite. Erstens wurde nun die Aufgabe des Knapphaltens des Geldangebots wieder den nationalen Zentralbanken übertragen, wobei die Goldbindung durch die Einführung möglichst strikter Geldmengenregeln ersetzt wurde. Zweitens wurde die Selbstregulierung des ökonomischen Systems dadurch gestärkt, dass die Zentralbanken als rein ökonomische, autonome und gegen politische bzw. gesellschaftliche Einflussnahme abgeschottete Einrichtungen definiert und juristisch fixiert wurden. Die Europäische Währungsunion ist ein Kind dieses Denkens. Schließlich wurden in den neunziger

Jahren zentrale Regelungen, die – zumindest in den USA – seit der Weltwirtschaftskrise die Stabilität des Geld- und Finanzsystems gesichert hatten, wie der Glass-Steagall-Act aus dem Jahr 1933, durch neue Regelungen ersetzt. Die vielleicht folgenreichste Maßnahme war der Gramm-Leach-Bliley-Act, vom US-Kongress im November 1999 verabschiedet, der der Bankenindustrie bisher ungeahnte Möglichkeiten eröffnete, neue Finanzprodukte zu entwickeln und auf den Markt zu werfen. Die Konsequenzen haben wir 2008 gesehen.

Ausblick

Die Rolle des Geldes bei der Herausbildung der Marktgemeinschaft macht deutlich, dass Geld weder auf ein Gut noch auf ein pfiffig ausgedachtes Instrument zur Vereinfachung des Austauschs von Gütern reduziert werden kann. Geld ist überhaupt kein Produkt, sondern eine Voraussetzung der Wirtschaft, die nur durch die Gesellschaft bereitgestellt werden kann. Ein nachhaltiges Finanzsystem kann daher auch nur geschaffen werden, wenn wir die utopische Vorstellung aufgeben, das Geldwesen als Teil eines sich selbst regulierenden Systems zu betrachten. Es genügt daher auch nicht, wie die Enquete-Kommission (2013, S. 26) meint, „Regulierungsdefizite und Konstruktionsfehler in der Finanzmarktarchitektur zu beheben“. Kein gesetzlich-institutioneller Kunstgriff (ob Güterbindung oder Geldmengenregeln) mit dem Ziel, Geld durch Knapphaltung Warencharakter zu verleihen, kann Nachhaltigkeit gewährleisten. Letztere unterstellt erstens, die Festlegung der Preise der fiktiven Güter, einschließlich des Geldes, gesellschaftlichen Institutionen auf lokaler, nationaler, teilweise auch internationaler Ebene zu übertragen. Und es setzt zweitens voraus, das Finanzsystem so zurückzubauen, dass es sich

auf seine eigentlichen Funktionen konzentrieren kann: das Bereitstellen von Instrumenten der Ersparnisbildung, der Zahlungsabwicklung und der Investitionsfinanzierung.

Nachhaltigkeit unterstellt die Möglichkeit gesellschaftlicher Kontrolle. Nachhaltigkeit und Selbstregulierung des Geld- und Wirtschaftssystems sind daher unvereinbar.

Literatur

- Binswanger, M. (2015): Geld aus dem Nichts. Wiley.
 Eichengreen, B. (2000): Vom Goldstandard zum Euro. Wagenbach.
 Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ (2013): Schlussbericht (Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13300). Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
 Keynes, J.M. (1924): A Tract on Monetary Reform. Macmillan.
 Polanyi, K. (1990): The Great Transformation. Suhrkamp.
 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin, WBGU.

AUTOR + KONTAKT

Dr. Claus Thomasberger ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Außenwirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.
 Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin,
 Fachbereich 3 – Wirtschafts- und Rechtswissenschaften,
 Treskowallee 8, 10318 Berlin. Tel.: +49 30 5019-2557,
 E-Mail: Claus.Thomasberger@HTW-Berlin.de



Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kompetenzen

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) kann jungen Menschen die notwendigen Kompetenzen für ein aktives Engagement für eine nachhaltige Gesellschaft vermitteln. Wie das konkret gelingen kann, zeigen die Praxisbeispiele in dieser Publikation: Neben aktuellen methodischen Zugängen – wie dem Ansatz der Bürgerwissenschaften (Citizen Science), nachhaltigen Schülerfirmen und weiteren sozialen und gesellschaftlichen Innovationen – werden dabei gleichfalls bewährte und weiterentwickelte methodische Zugänge im Bereich BNE in ihren Wirkungsweisen beschrieben.

A. Bittner, T. Pyhel, V. Bischoff (Hrsg.)

Nachhaltigkeit erfahren

Engagement als Schlüssel einer Bildung für nachhaltige Entwicklung
 DBU-Umweltkommunikation Band 8
 156 Seiten, broschüriert, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-819-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei
 innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft

